

Erwartungen und Realität





AUSGABE 2125

PLENUM

12. Sitzung Schwerpunkte in schwierigen Zeiten

Sachsens Staatsregierung bringt das Haushaltsgesetz 2025/26 ins Parlament ein

10. Sitzung Bildungslücken und andere Mängel BSW kritisiert Umgang mit Lehrern und Schwächen im Bildungssystem

Maßnahmen gegen marode Infrastruktur BÜNDNISGRÜNE beklagen gewaltigen Investitionsstau 7

8. Mai wird in Sachsen Gedenktag Antrag der Fraktion

Die Linke findet Mehrheit im Land-

Vorschläge gegen den Unterrichtsausfall CDU bewertet Maßnahmen von Kultusminister

Clemens positiv

11. Sitzung

Bildung braucht Zeit

Volksantrag fordert gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub 10

9. Sitzung Freiheit und Frieden haben Priorität AfD kann sich mit Antrag gegen die Lockerung der Schuldenbremse nicht durchsetzen 11

PARLAMENT

Die Coronapandemie auf dem parlamentarischen Prüfstand

Prominente Experten im Untersuchungsausschuss angehört

Aktuelle Gesetzgebung 14

JUGEND

Zwischen Schule und Zukunft: mittendrin in der Politik

Magdalena Portack und Tobias Drever berichten von ihrem Freiwilligen Sozialen Jahr im Landtag 16

Abstimmung nach der 1. Beratung des Haushaltsgesetzes 2025/2026 Foto: S. Floss











Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 08.04.2025
Gastautoren: Dr. Edith Schriefl (SLUB Dresden),
Matthias Zwarg (Zschopau)



eiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die ung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte ische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig nrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient der besseren Lesbarkeit.

AKTUELLES

Gleichstellung besser heute als morgen

Feststunde zum Internationalen Frauentag widmet sich aktuellen Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in Sachsen

SONDER-THEMA

Die verborgene Schönheit

Willkommen in Chemnitz – eine der europäischen Kulturhauptstädte 2025 2

GESCHICHTE

Wendepunkt der Parlamentsgeschichte?

Frauen im sächsischen Nach-kriegslandtag 22





Diese Publikation wird vom Sachsischen Landtag im kanmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

kein anderes Thema bewegt die Landespolitik aktuell mehr als der nächste Doppelhaushalt für den Freistaat Sachsen. Am 3. April hat Finanzminister Christian Piwarz die Eckpunkte für das Haushaltsgesetz 2025/2026 im Plenum vorgestellt. Der detaillierte Entwurf liegt mittlerweile den Fraktionen vor. In den kommenden Wochen und Monaten werden sie sich in den Ausschüssen und Arbeitskreisen akribisch mit dem Zahlenwerk beschäftigen und aus ihrer Sicht weitere Vorschläge unterbreiten. Die Abgeordneten können intensiv von ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch machen, denn das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments.

Mit seiner Arbeit am Haushaltsgesetz nimmt unser Parlament Einfluss darauf, welche politischen Schwerpunkte die Sächsische Staatsregierung in diesem und dem kommenden Jahr setzen kann. Längst nicht alle Wünsche und Forderungen werden berücksichtigt werden können, dazu fehlen schlicht die finanziellen Spielräume. Der Haushalt wird allen Seiten ein Umdenken abverlangen und eine klare Prioritätensetzung einfordern. Diese Verantwortung muss allen Beteiligten klar sein. Unser Land braucht möglichst zügig wieder einen tragfähigen Haushalt. Ich bin überzeugt, dass dies dem Landtag bis Ende Juni gelingen wird.

»Unser Land braucht möglichst zügig wieder einen tragfähigen Haushalt. Ich bin überzeugt, dass dies dem Landtag bis Ende Juni gelingen wird.«

Zu den größten Posten im Landeshaushalt gehören traditionell die Bildungsausgaben. Es war daher kein Zufall, dass im Landtag zuletzt gleich zwei Aktuelle Debatten zur Schulpolitik auf der Tagesordnung standen. Sie thematisierten unter anderem die Lehrerversorgung, den Übergang von der Kita zur Schule und die Schulsozialarbeit. Welche Standpunkte im Plenarsaal zu hören waren, können Sie auf den folgenden Seiten nachlesen. Um Bildung im weiteren Sinne ging es auch den 34 jungen Menschen, die gegenwärtig in Sachsen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) mit Schwerpunkt Politik absolvieren. Am 27. und 28. März waren sie im Rahmen von politischen Bildungstagen bei uns zu Gast. Zwei Jugendliche, die über ihre komplette FSJ-Zeit hinweg in der Landtagsverwaltung mitarbeiten, stellen sich in dieser Ausgabe vor. Ich wünsche Ihnen viele interessante Einblicke!

Alexander Dierks

Präsident des Sächsischen Landtags





Schwerpunkte in schwierigen Zeiten



Sachsens Staatsregierung bringt das Haushaltsgesetz 2025/26 ins Parlament ein



Am 3. April 2025 beriet der Sächsische Landtag in seiner 12. Sitzung erstmalig den Haushaltsentwurf für die Jahre 2025 und 2026. Trotz Rekordeinnahmen von geschätzten rund 50 Milliarden Euro muss der Freistaat in den kommenden beiden Jahren teilweise deutlich kürzen, um die stark gestiegenen Ausgaben aufzufangen.



Staatsregierung: Ausgaben steigen rasant

Finanzminister Christian Piwarz



politischen Gestaltungsspielraum zu schaffen. Nicht alles,
was bisher möglich war, sei
auch weiterhin finanzierbar. Um
den Haushalt zu stabilisieren,
würden die Rücklagen aufgebraucht, die Einzahlung in den
Pensionsfonds abgesenkt sowie
der Aufwuchs bei den Personalausgaben begrenzt.

AfD: Sparen an der falschen Stelle

Die im Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Kürzungen seien völlig verkehrt, bemängelte Jörg Urban (AfD). Der Zustand der Straßen und Brücken im Freistaat werde immer schlechter und trotzdem wolle die Staats-

regierung die Investitionen absenken. Auch beim Schulhausbau und den Kitas steige durch eine deutlich geringere Förderung der Investitionsrückstau massiv an. Dabei sei es angesichts der rückläufigen Geburtenzahlen dringend geboten, Kinder und Familien zu unterstützen. Die Kürzungen im Gesundheitsbereich gefährdeten wiederum den Fortbestand der sächsischen Krankenhäuser. Auch mit der Reduzierung der Wirtschaftsförderung würde an der falschen Stelle gespart. Die angekündigte Stellenreduzierung im öffentlichen Dienst sei hingegen ein Tropfen auf den heißen Stein, die Ausgaben für Asyl und Migration deutlich zu hoch.



CDU: Pfad der Konsolidierung einschlagen

Nach der Einbringung des Haushaltsgesetzes sei es nun die Aufgabe der Abgeordneten, es zu prüfen, zu diskutieren und zu verabschieden, so Jan Löffler (CDU). Der vorliegende Entwurf könne lediglich ein Übergangshaushalt sein, der den Freistaat wieder stabilisiere. Es sei eine grundsätzliche Konsolidierung der Ausgabenpolitik notwendig, die den Pfad des Personalabbaus einschlage und gesetzliche Leistungen auf den Prüfstand stelle. Die Zeit des großzügigen Geldausgebens sei vorbei. Neue Schulden lösten keine Probleme, sondern verlagerten sie nur in die Zukunft. Es müssten wieder Spielräume geschaffen werden, die für Investitionen genutzt werden könnten. Für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg brauche es zudem eine gezielte Zuwanderung aus dem Ausland.

BSW: Das Wohl der Bürger beachten

Ronny Kupke (BSW) hielt der Staatsregierung vor, mit dem Doppelhaushalt gerade dort zu kürzen, wo Zukunft gestaltet werden müsse. Es sei trotz gestiegener Einnahmen ein Haushalt voller Einschränkungen. Ihm fehle es an Visionen und Mut, echte Reformen anzupacken. Mit dem Aufbrauchen der Rücklagen und einem Nichtantasten der Schuldenbremse seien auch die Spielräume für aktive Gestaltung dahin. Die

Auswirkungen dieser verfehlten Politik spürten Städte, Dörfer, Kitas, Kliniken und Familien. Dabei solle Haushaltspolitik auf das Wohl der Bürger

abzielen und nicht allein der Konsolidierung dienen. Bildung und frühkindliche Förderung dürften kein Opfer der Schuldenbremse werden. Seine Fraktion fordere daher eine vollständige Finanzierung der frühkindlichen Bildung inklusive einer Anpassung an die steigenden Kosten sowie den Erhalt des Kita-Moratoriums.

SPD: Kinder und Jugendliche schonen

Man diskutiere heute über den dritten Krisenhaushalt in Folge, erinnerte Juliane Pfeil von der SPD-Fraktion. Und wie bereits vor zwei Jahren müsse auch dieser Doppelhaushalt in der Krise fiskalisch und gesellschaftlich Stabilität geben. Zunächst brauche es jedoch Ehrlichkeit gegenüber der finanziellen Realität. Die Deckungslücke im vorliegenden Entwurf betrage rund 4 Milliarden Euro. Die Lasten würden breit verteilt, kein Bereich bleibe von den Kürzungen verschont. Der Haushalt sei aber mehr als eine

Sparliste. Er setze in schwierigen Zeiten klare Schwerpunkte. Diese müssten aus Sicht der SPD sozial gerecht, zukunftsgewandt und verantwortungsvoll sein. Vor allem Kinder und Jugendliche müssten von den Einsparungen verschont werden. Ein gutes Zeichen sei es, dass die Schulvorbereitung gestärkt werde und das Bildungsticket erhalten bleibe.

BÜNDNISGRÜNE: Nicht zustimmungsfähig

Der Haushaltsentwurf sei inakzeptabel, nicht zustimmungsfähig und geradezu ein Werk der Zerstörung, schimpfte die BÜNDNISGRÜNE Franziska Schubert. Wenn er in dieser Form Realität würde, entstünde großer Schaden. Die Einsparungen träfen beispielsweise den Kulturbereich hart. Den Theatern und Orchestern fehlten über beide Haushaltsjahre hinweg 25 Millionen Euro, zudem seien die Investitionsmittel für die Kulturräume vollständig gestrichen worden. Vor den Kopf gestoßen würden aber auch jene Menschen, die sich in sozialen Projekten, in der Feuerwehr oder in Sportvereinen engagierten. Es brauche daher noch grundhafte Änderungen, damit die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion zustimmen könne. Zuvörderst müsse die im Bundestag beschlossene Grundgesetzänderung genutzt werden, um Kredite für neue Investitionen aufzunehmen.

DIE LINKE: Bremsen lösen

Susanne Schaper (Die Linke) warnte wie ihre Vorrednerin vor drastischen Kürzungen im zivilgesellschaftlichen Bereich. Würde der Plan der Staatsregierung umgesetzt, ginge vieles unwiederbringlich verloren. Der Freistaat solle daher die Schuldenbremse lösen und neue Kredite annehmen. Es sei nötig, alle verfügbaren Spielräume zu nutzen, die die vollzogene Grundgesetzänderung aufgetan habe. Arbeitsplätze müssten durch gezielte Investitionen gesichert werden. Geld sei darüber hinaus für Kitas, Schulen, Gleise und Brücken, den Wohnungsbau, die Energienetze und den Klimaschutz nötig. Man dürfe aber nicht nur über die Ausgaben reden, sondern müsse auch Staatseinnahmen in den Blick nehmen. Enorme Einkommen, Vermögen und

Erbschaften sollten stärker besteuert werden. Armut und leere öffentliche Kassen gebe es nur, weil privater Reichtum unbegrenzt an-

Die aktuell schwierige Situation sei vorhersehbar gewesen, urteilte Matthias Berger (fraktionslos). Was man nun auf den Weg bringen müsse, gehe weit über den Haushalt hinaus. Es brauche einen grundlegenden politischen Wandel und eine Vision für Sachsen.

steige.





Bildungslücken und andere Mängel

___ BSW kritisiert Umgang mit Lehrern und Schwächen im Bildungssystem

Die erste Aktuelle Debatte der 10. Sitzung des Sächsischen Landtags am 26. März 2025 befasste sich mit einem Antrag der BSW-Fraktion. Unter dem Motto »Was ist uns die Bildung unserer Kinder wert? Gute Bildung für die Gestaltung der Zukunft im Freistaat!« wies das BSW auf Mängel an den sächsischen Schulen hin.

Fehlende Wertschätzung

Bildung umfasse mehr als nur Schule und Unterricht, ergriff Lars Wurzler (BSW) das Wort. Doch um die Bildung stehe es in Sachsen längst nicht so gut, wie es einige Studien behaupten würden. Im Vergleich mit anderen Bundesländern sei der Freistaat höchstens noch Spitzenreiter unter den noch Schwächeren. Ein Grund sei die mangelnde Wertschätzung gegenüber den Lehrern. Sie hätten auch in finanzieller Form noch mehr Anerkennung verdient.

Holger Gasse (CDU) hielt dagegen und sagte, dass Bildung einen unverändert hohen Stellenwert besitze. Im Doppelhaushalt 2025/2026 veranschlage das Kultusministerium pro Jahr circa 5 Milliarden Euro für den Bereich der frühkindlichen und schulischen Bildung. Doch es gehe nicht nur ums Geld. Wichtig sei es auch, einen guten Übergang von der Kita zur Schule zu schaffen sowie die bestehende Schulstruktur abzusichern.

Lehrer verdienen Respekt

Den Vorwurf mangelnder Wertschätzung erhob auch Romy Penz von der AfD-Fraktion. Ihrer Meinung nach erhielten Familien zu wenig Unterstützung dafür, dass sie Kinder auf das Leben vorbereiteten, ihnen Sicherheit und Selbstvertrauen vermittelten. Auch Lehrer verdienten Respekt für ihre Leistungen. Doch stattdessen litten sie unter Ungleichbehandlung in der Vergütung, Mehrbelastung oder völlig überzogenen Ansprüchen der Eltern.

Gerald Eisenblätter (SPD) regte an, sich in der Bildungspolitik noch stärker auf den frühkindlichen Bereich zu konzentrieren. Bereits im Kindergarten könne man für gleiche Startchancen sorgen. Deshalb seien die über 900 Millionen Euro zur Förderung der Kitas im Jahr 2025 gut investiertes Geld. Aktuell werde der Sächsische Bildungsplan überarbeitet, um der Kitapraxis einen modernen und verbindlichen Leitfaden an die Hand zu geben.

Conrad Clemens

Ganztagsangebote stärken, nicht kürzen

Die geplanten Kürzungen bei den Ganztagsangeboten kritisierte Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE). Ein echter Ganztag erhöhe die Chancengleichheit unter den Schülern und ermögliche mehr gesellschaftliche Teilhabe. Der nun vorgelegte Regierungsentwurf laufe diesen Zielen zuwider. Er ignoriere geradezu den beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung.

Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke) betonte, dass man Bildung nicht allein nach ihrem Wert beurteilen dürfe. Es könne nicht nur um Leistung gehen. Bildung sei auch keine Investition, die sich irgendwann rechnen müsse. In der Schulpraxis sollten Lehrer stärker entlastet werden und es brauche mehr Schulsozialarbeit. Ebenso müsse die Lehramtsausbildung praxisorientierter ausgestaltet werden.

Kultusminister Conrad Clemens (CDU) verwies auf die Notwendigkeit, gutes Personal an den Schulen zu halten. In den nächsten zwei Jahren wolle man allen grundständig in Sachsen ausgebildeten Absolventen ein Stellenangebot unterbreiten und weitere Seiteneinsteiger einstellen. Darüber hinaus wolle man den über 1000 Assistenzkräften eine Perspektive geben, die Praxisberater an den Oberschulen halten sowie die Schulsozialarbeit fortführen.





Maßnahmen gegen marode Infrastruktur

BÜNDNISGRÜNE beklagen gewaltigen Investitionsstau

»Kaputte Brücken in Sachsen – nachhaltige Infrastrukturpolitik gegen Investitionsstau« lautete der Titel der dritten Aktuellen Debatte, die am 26. März 2025 auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags stand. Das Thema hatte die Fraktion BÜNDNISGRÜNE beantragt.

Katastrophen besser vorbeugen

Es sei großes Glück, dass beim Einsturz der Carolabrücke niemand zu Schaden gekommen sei, hob Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE) an. Der Vorfall, der ohne Vorwarnung eintrat, lehre Bescheidenheit im Umgang mit vermeintlich unumstößlichen Wahrheiten. Es stelle sich zudem die Frage, wie man zukünftig mit ähnlichen Ungewissheiten umgehe und was konkret in den Kommunen zu tun sei.

Ingo Flemming (CDU) wies auf die Folgen maroder Infrastruktur hin. Sie bedrohe nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern bremse die Wirtschaft und den gesamten Verkehr aus. Dies belegten die alltäglichen Staus oder zusätzlichen Transportwege, die durch gesperrte Brücken und ihre Umleitungen entstünden. Um notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen, müssten unter anderem die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden.

Bürokratische Hürden abbauen

Es sei fatal, dass die ohnehin zu geringen Mittel für Infrastruktur und Landesentwicklung im kommenden Doppelhaushalt nochmals beinahe halbiert würden, befand Tobias Keller (AfD). Statt Kürzungen brauche es eine Infrastrukturpolitik, die auf Effizienz, pragmatische Lösungen und den Abbau unnötiger bürokratischer Hürden setze. Die Sanierung von Straßen und Brücken müsse ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Ralf Böhme (BSW) betonte, dass die aktuell viel diskutierte Schuldenbremse in der Vergangenheit hauptsächlich eine Investitionsbremse gewesen sei. In Deutschland habe die stetige Verschlechterung der Infrastruktur seit Jahrzehnten Tradition. Die Straßen und Schienennetze seien durch den exorbitant angestiegenen Güterverkehr überlastet. Zurückzuführen sei dies unter anderem auf das niedrige Tempo bei Planungs- und Genehmigungsprozessen.

Keine Zeit verlieren

Der Investitionsstau, wie er sich darstelle, dulde keinen weiteren Aufschub, appellierte auch Albrecht Pallas (SPD). Es sei daher eine gute Nachricht, dass der letzte Deutsche Bundestag ein Sondervermögen geschaffen habe. Zusammen mit dem geplanten Sachsenfonds, könne man das nötige Geld für Investitionen bereitstellen. Es gehe dabei nicht nur um die Instandsetzung maroder Bücken, sondern um vieles andere mehr.

Wer den Staat als nicht handlungsfähig erlebe, lasse sich leicht von populistischen und extremen Parteien mitreißen, so Stefan Hartmann (Die Linke). Wenn Brücken einstürzten, Krankenhäuser schließen müssten oder Unterricht ausfalle, dann sei das in der Summe eine gesellschaftspolitische Katastrophe. Der Staat müsse daher wieder sicht- und erlebbar werden, er müsse funktionieren, die Bürger entlasten und Dinge ermöglichen.

Die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, Regina Kraushaar (CDU), erklärte, dass es im Freistaat Sachsen schon seit 2017 einen Handlungsrahmen für Infrastrukturpolitik gebe. Bis 2020 konnte der Anteil an Brücken im schlechtesten Zustandsbereich vorrübergehend von acht auf vier Prozent reduziert werden. Im Jahr 2030 solle dann keine Brücke mehr in diese Kategorie fallen. Infrastruktur erhalte sich aber nicht auf dem Papier, sondern benötige eine angemessene Finanzausstattung.



8. Mai wird in Sachsen Gedenktag

____ Antrag der Fraktion Die Linke findet Mehrheit im Landtag

Bereits seit dem Jahr 2010 fordert die Fraktion Die Linke immer wieder, den 8. Mai zu einem Gedenktag in Sachsen zu erklären. In der 10. Sitzung des Sächsischen Landtags stand das »Gesetz zur Einführung eines Gedenktages zum Tag der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg am 8. Mai 1945« auf der Tagesordnung. Der Empfehlung des Innenausschusses folgend und mit einem Änderungsantrag der CDU versehen, erhielt es im Plenum nun eine Mehrheit.

Demokratie verteidigen

Susanne Schaper (Die Linke) begründete den Antrag ihrer Fraktion damit, dass man das Andenken an die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus noch fester im kollektiven Bewusstsein verankern wolle. Immer weniger Menschen könnten aus eigenem Erleben von damals berichten und vor einer Wiederholung des Schreckens warnen. Der 8. Mai 1945 habe die Demokratie vor dem Untergang bewahrt. Sie müsse auch heute weiter verteidigt werden.

Der 8. Mai 1945 markiere gleichzeitig die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus als auch die Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa, so Dr. Frank Kromer (CDU). Viele Deutsche trugen schwer an ihrem Schicksal. Es gab Vertriebene, Ausgebombte, Kriegsgefangene, Missbrauchte oder Vergewaltigte. In Ostdeutschland errichteten die Sowjets eine sozialistische Diktatur. Für all diese Menschen war der Weg in die Freiheit noch lang.

Nicht nur Befreiung

Die sogenannten Befreier hätten nicht allein die Freiheit gebracht, sondern auch viele Menschen in neues Unglück gestürzt, gab Sebastian Wippel (AfD) zu bedenken. Für die Ostdeutschen kam nicht am 8. Mai 1945, sondern am 9. November 1989 die Freiheit. Bis vor zwei Jahren habe die CDU noch genau diese Haltung vertreten. Nun aber habe sie ihre Meinung geändert, weil sie die Linken für ihre wacklige Minderheitsregierung brauche.

Jens Hentschel-Thöricht (BSW) sah in der Einführung des 8. Mais als offiziellen Gedenktag nicht nur eine Würdigung der Opfer, sondern auch ein wichtiges Signal für zukünftige Generationen. Erinnerung sei ein Schutzschild gegen Geschichtsvergessenheit. Gerade in Zeiten, in denen Nationalismus und Hass zunehmen würden, müsse der 8. Mai im gesellschaftlichen Gedächtnis verankert werden.

Anlass zur Erinnerung

Albrecht Pallas (SPD) sprach sich ebenfalls für die Einführung des Gedenktages aus. Gedenktage hielten zwar nicht die Feinde der Demokratie zurück, sie böten aber für unsere Gesellschaft Anlässe der Bestärkung. Es gehe darum, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat nicht als selbstverständlich zu betrachten, sondern als erkämpfte Errungenschaften zu bewahren.

Die Einführung des Gedenktages unterstütze seine BÜNDNISGRÜNE-Fraktion aus vollem Herzen, so Valentin Lippmann. Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 trage eine zweifache Bedeutung in sich. Der Tag mahne, welche Schrecken und Verbrechen die Deutschen über Europa und die Welt brachten. Er verdeutliche ebenso, dass Solidarität mit den Opfern völkerrechtswidriger Angriffskriege in der aktuellen Lage unverzichtbar sei.

Justizministerin Prof. Constanze Geiert (CDU) befand, dass der 8. Mai Hoffnung und Aufbruch bedeute. Er stehe für das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und die Überwindung des historisch beispiellosen Zivilisationsbruchs. Die Erinnerung an beide Diktaturen in Deutschland müsse wachgehalten und ihre Geschichte weiterhin gründlich aufgearbeitet werden.

Vorschläge gegen den Unterrichtsausfall

CDU bewertet Maßnahmen von Kultusminister Clemens positiv

Der Sächsische Landtag debattierte am 27. März 2025 das Thema »Gemeinsam den Unterricht absichern – Maßnahmen umfassend und generationengerecht ausgestalten!«. In der von ihr angestoßenen Aktuellen Debatte begrüßte die CDU-Fraktion den von Kultusminister Conrad Clemens vorgeschlagenen 21-Punkte-Plan.

Solidarität erforderlich

Die Unterrichtsabsicherung und die gleichzeitige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrer stünden miteinander im Konflikt, urteilte Holger Gasse (CDU). Bisherige Maßnahmen, die Teilzeitquote deutlich zu reduzieren und den Ruhestandseintritt hinauszuschieben, seien nicht erfolgreich gewesen. Um dem hohen Unterrichtsausfall zu begegnen, brauche es nun stärkere Solidarität unter den Lehrerkollegien, etwa durch eine reduzierte Altersabminderung.

Romy Penz (AfD) erklärte, dass einige der von der CDU unterbreiteten Reformen zur Lehrerentlastung ursprünglich von ihrer Fraktion vorgeschlagen worden seien. Dazu gehöre die Einsparung der verbalen Einschätzung zu den Kopfnoten, mehr Praxiserfahrung im Lehramtsstudium oder die Gewinnung grundständig ausgebildeter Grundschullehrkräfte für den Oberschulbereich.

Erfolgsversprechende Maßnahmen

Lars Wurzler (BSW) mahnte schnelles Handeln an, um schon ab dem Schuljahr 2025/2026 eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu erreichen. In den Vorschlägen der CDU sehe er einiges Positives, darunter den Ausbau von multiprofessionellen Teams an den Schulen und eine Ausweitung der Praxisphasen im Lehramtsstudium. Auch die Reduzierung von Abordnungen in die Schulverwaltung sei ein richtiger Schritt.

Anders als in der Vergangenheit üblich, habe der Kultusminister seine Pläne nicht mit Lehrerverbänden oder Gewerkschaften abgestimmt, kritisierte Gerald Eisenblätter (SPD). Die Vorschläge beträfen das ganze Schulsystem, sein Vorpreschen habe Vertrauen zerstört. Inhaltlich gebe es aber durchaus Positives anzumerken. Mehr Praxis im Lehramtsstudium, flexiblere Stundentafeln oder weniger Klassenarbeiten und Klausuren seien richtige Schritte.

Vorschläge treffen die Falschen

Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE) forderte, die Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung nicht gegen, sondern mit den Lehrkräften umzusetzen. Die Neuregelung der Altersabminderung treffe genau jene, die vor 20 Jahren in Zwangsteilzeit geschickt wurden und später von der Verbeamtung nicht mehr profitieren konnten. Auf Kritik stoße zudem die Reduzierung der Anrechnungsstunden für Fachberater.

Ganz ähnlich sah es Luise Neuhaus-Wartenberg von der Fraktion Die Linke. Die reduzierte Stundenzahl im Alter dürfe nicht aufgegeben werden. Wenn die Älteren noch eher in den Ruhestand gingen, blieben noch weniger Lehrkräfte an den Schulen übrig. Schaue man sich den Haushaltsentwurf an, so zeige sich deutlich, dass bei der Schulsozialarbeit Geld fehle. Die freien Träger hätten im Moment weder Planbarkeit noch Sicherheit. Dies müsse sich ändern.

Kultusminister Conrad Clemens (CDU) betonte, dass er in den ersten Monaten seiner Amtszeit auf Dialog gesetzt und gleich zu Beginn alle Spitzenverbände getroffen habe. Bei den nun vorgeschlagenen Maßnahmen gehe es im Kern darum, die vorhandenen Ressourcen besser zu verteilen und die Unterrichtsversorgung flächendeckend besser zu organisieren. Ein großer Schwerpunkt liege unter anderem auf einer Stärkung der Oberschulen.

// Dr. Daniel Thieme



Weitere Aktuelle Debatten der beiden Plenartage vom 26./27. März waren: »Mit Sachsenfonds und Sondervermögen: Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern, in die Zukunft investieren.« (Antrag der SPD), »Milliarden für wenige, Jobverlust für Tausende? Für gerechte Wertschöpfung in der Autoindustrie, auch als Beitrag zum Demokratieerhalt!« (Die Linke) sowie »Stillstand statt neue Wege – Wann

kommt der Landesentwicklungsplan und wer zahlt die Zeche?« (AfD).

Bildung braucht Zeit

Volksantrag fordert gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub

In seiner 11. Sitzung am 27. März 2025 debattierte der Sächsische Landtag den Gesetzentwurf »5 Tage Bildungszeit in Sachsen«. Der von 55 000 Unterschriften unterstützte Volksantrag verlangt einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsfreistellung in Sachsen. Zur ersten Beratung durfte die Vertrauensperson des Bündnisses, Daniela Kolbe, im Plenarsaal sprechen.



Stärkung der Demokratie

Daniela Kolbe erklärte, hinter dem Bündnis stünde die Mitte der Gesellschaft. Für die Bildungszeit hätten sich die Kirchen, der Sport, die Feuerwehren sowie die Gewerkschaften in Sachsen ausgesprochen. Ein Rechtsanspruch stärke die Demokratie und drücke Wertschätzung für das Ehrenamt aus. Bildung brauche Zeit, doch diese sei für viele Menschen aufgrund ihrer Arbeit, wegen der Familie oder anderer Verpflichtungen oft viel zu knapp.

Jessica Steiner ergriff für die CDU-Fraktion das Wort. Sie unterstrich, dass Weiterbildung sowohl für den Einzelnen als auch für die ganze Gesellschaft gewinnbringend sei. Es könnten neue Kompetenzen erworben und im Berufsalltag sowie dem Ehrenamt eingebracht werden. Ihre Fraktion nehme allerdings auch die Sorgen und Ängste von Unternehmen und kleinen Betrieben ernst. Daher müsse das Gesetz die Interessen aller in den Blick nehmen und möglichst unbürokratisch sein.

Wirtschaftlich schädlich

Man könne nicht genug in Bildung investieren, stimmte auch Frank Peschel (AfD) zu. Doch müsse man berufliche und private Bildung trennen. Dort, wo Beschäftigte gesucht würden, gebe es auch Möglichkeiten zur Qualifizierung. Für private Bildung hingegen sollten Arbeitgeber nicht aufkommen müssen. Der Gesetzesentwurf schade der Wirtschaft und verteuerte die Arbeitskraft in Sachsen. Auch die Wettbewerbsfähigkeit sinke dadurch weiter ab.

Jens Hentschel-Thöricht (BSW) sprach sich im Namen seiner Fraktion für das Gesetz aus. Der Anspruch auf Bildungsfreistellung sichere das Recht des Menschen, sich über die berufliche Weiterbildung hinaus ganzheitlich weiterzuentwickeln. Sachsen sei eines der letzten Bundesländer, in der diese Form der Bildungszeit fehle. Gefördert würde nicht nur die berufliche, sondern gerade auch politische und kulturelle Bildung sowie die Qualifizierung für ehrenamtliche Tätigkeiten.

Entwurf nicht umdeuten

Die große Unterstützung zeige doch, dass sich die Sachsen für das Gemeinwohl und die Demokratie engagierten, gab Gerald Eisenblätter (SPD) zu bedenken. Es werde im weiteren Gesetzgebungsprozess darauf ankommen, die Grundidee der Bildungszeit zu erhalten. Richtschnur dafür sei der Änderungsantrag, den CDU und SPD vorlegen würden. Auch GRÜNE und Linke seien gefragt, als Bündnispartner mitzugestalten.

Nach Ansicht von Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE) helfe die Bildungsfreistellung den Beschäftigten, sich über ihre aktuelle Position hinaus weiterzuqualifizieren. Gerade in Zeiten des Strukturwandels sei dies von größter Bedeutung. Zusätzliche Anreize für Bildung nützten Unternehmen, um sich für die Herausforderungen des digitalen Wandels zu rüsten. Die Sorge vor einer übermäßigen Belastung der Wirtschaft sei unbegründet.

Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke) lobte den Erfolg des Volksantrags. Damit sei es zum zweiten Mal gelungen, einen Gesetzentwurf mit Stimmen der Bürgerinnen und Bürger zur Beratung in den Landtag zu geben. Dass dies nicht öfter passiere, müsse zum Nachdenken anregen. Bürgerbeteiligung könne nur dann gelingen, wenn sie möglichst niedrigschwellig sei. Die bisherigen Quoren seien immer noch zu hoch.

Mit übergroßer Mehrheit entschied der Sächsische Landtag schließlich, den Volksantrag zur weiteren Beratung federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz zu überweisen.





Freiheit und Frieden haben Priorität

AfD kann sich mit Antrag gegen die Lockerung der Schuldenbremse nicht durchsetzen

Der Sächsische Landtag debattierte in einer Sondersitzung am 20. März 2025 einen Antrag der AfD. Darin sollte die Staatsregierung aufgefordert werden, ein vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit beschlossenes Finanzpaket für Verteidigung und Investitionen im Bundesrat abzulehnen. Die Mehrheit im Landtag sah es jedoch anders und lehnte den Antrag »Schuldenexzess stoppen! Widerstand im Bundesrat!« ab.

Undemokratisch und übereilt

Jörg Urban (AfD) argumentierte, dass das Schuldenpaket ein großer Fehler sei. Deutschland werde damit auf Jahre belastet. Friedrich Merz und die Bundes-CDU hätten eklatant ihr Wahlversprechen gebrochen. Die Grundgesetzänderung sei undemokratisch, da sie noch vom alten Bundestag beschlossen wurde. Für ausgiebige Anhörungen, Diskussionen und Abwägungsprozesse sei keine Zeit gewesen.

Christian Hartmann (CDU) berief sich auf eine aktuelle Umfrage, nach der 70 Prozent der Bevölkerung höhere Verteidigungsausgaben in der Bundesrepublik befürworteten. Über viele Jahre hinweg sei ein Ausbau der Wehrfähigkeit nicht nötig gewesen, habe man von der sogenannten Friedensdividende profitiert. Doch spätestens mit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine habe sich die Lage drastisch verändert.

Schuldenbremse vollständig abschaffen

Lutz Richter (BSW) lehnte für seine Fraktion die für das Finanzpaket nötige Grundgesetzänderung ab. Die Schuldenbremse solle nicht reformiert, sondern gänzlich abgeschafft werden. Sie verhindere Investitionen in Kultur, Bildung, Freizeiteinrichtungen und Infrastruktur. Eine militärische Aufrüstung solle es ebenfalls nicht geben. Die vorhandenen Mittel seien ausreichend, sie würden nur falsch ausgegeben.

Die Schuldenregeln in Sachsen hätten sich als nicht praktikabel erwiesen, befand Henning Homann (SPD). Sie seien in der jetzigen Situation zu einer Zukunftsbremse geworden. Der Freistaat Sachsen werde deshalb dem Finanzpaket im Bundesrat zustimmen und die zugeteilten Gelder in Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Forschung und Entwicklung sowie eine moderne Wirtschaft investieren.

Investitionen in Klimaschutz notwendig

Für kräftige und nachhaltige Investitionen sprach sich auch Franziska Schubert von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE aus. Der Klimaschutz müsse in den kommenden Jahren weiter gefördert werden. Dadurch treffe man eine finanzielle Fürsorge für die Zukunft, weil Wetterextreme wie Starkregen, Hitze oder Dürre ein deutlich größeres Risiko darstellten. Ebenso richtig sei es, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken.

Armut und leere öffentliche Kassen gebe es nur, weil der Reichtum unbegrenzt wachse, urteilte Rico Gebhardt (Die Linke). Vor der Aufnahme neuer Schulden hätte der Bundestag daher höhere Steuern für Einkommen, Vermögen und Erbschaften beschließen müssen. Von den nun vereinbarten höheren Verteidigungsausgaben würden vor allem die Rüstungsindustrie und deren Aktionäre profitieren.

Mit den neuen Schulden erkaufe sich das politische Establishment lediglich Zeit, ohne Probleme zu lösen, so Matthias Berger (fraktionslos).

Ministerpräsident Michael Kretschmer warnte vor der prekären wirtschaftlichen Situation, in der sich die Bundesrepublik befinde. Überall würden Arbeitsplätze abgebaut und die öffentlichen Haushalte befänden sich im Minus. Um daran etwas zu ändern, müssten zunächst Wachstumsbremsen gelöst werden. Das neue Sondervermögen trage dazu bei, Wachstumsanreize zu schaffen. Investitionen in den Klimaschutz und die Verteidigung seien ebenso richtig.



Die Coronapandemie auf dem parlamentarischen Prüfstand

Prominente Experten im Untersuchungsausschuss angehört

In diesem Frühjahr jährt sich der Beginn der Coronapandemie zum fünften Mal. Am 2. März 2020 trat der erste Fall von COVID-19 in Sachsen auf. In der Folge ergriff die Sächsische Staatsregierung zahlreiche Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Dazu gehörten die Absage von Großveranstaltungen, Schulschließungen, Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, eine Maskenpflicht beim Einkaufen und anderes mehr. Bis weit ins Jahr 2022 beeinträchtigte die Coronapandemie den Alltag der Menschen in erheblichem Maß.

Die AfD-Fraktion entschied sich bereits am Anfang der 8. Wahlperiode einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Den 1. UA beschloss der Landtag am 25. Oktober 2024 unter dem Titel »Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19«. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Andreas Nowak (CDU) gewählt.

Zu Beginn der neuen Wahlperiode des Sächsischen Landtags gab es von mehreren Fraktionen das Ansinnen, die Coronapandemie politisch aufzuarbeiten. Am 6. März 2025 hatte der »Corona-Untersuchungsausschuss« nun erstmals Sachkundige geladen.

Neben dem Untersuchungsausschuss beschäftigt sich auch eine Enquete-Kommission mit der Coronapandemie. Der Sächsische Landtag setzte sie am 19. Dezember 2024 ein. Während im Untersuchungsausschuss die Aufarbeitung im Mittelpunkt steht, sucht die Enquete-Kommission eher nach Empfehlungen für zukünftiges Handeln.

Wie arbeitet ein Untersuchungsausschuss?

Nach Artikel 54 der Sächsischen Verfassung hat der Landtag auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Sein Zweck ist es, vermutete staatliche Missstände aufzudecken. Das Parlament erhält







Prof. Dr. Klaus Stöh

damit die Möglichkeit, unabhängig von Regierung, Behörden und Gerichten mit hoheitlichen Mitteln, wie sie sonst nur Gerichten zur Verfügung stehen, Sachverhalte zu prüfen, die es für aufklärungswürdig hält.

Die Abläufe in einem Untersuchungsausschuss ähneln denen eines Gerichtsverfahrens. Er arbeitet auf Grundlage der Strafprozessordnung und ist umfassend mit Zwangsmitteln ausgestattet. Er darf Zeugen unter Eid vernehmen, kann auch Unterlagen beschlagnahmen lassen und Einsicht in Akten von anderen Stellen wie Ministerien oder Behörden nehmen. Die Sitzungen finden teilweise öffentlich statt. Abgeschlossen wird ein Untersuchungsausschuss mit einem Bericht. Ein »juristisches Nachspiel« hat er nicht automatisch, denn seine Ergebnisse unterliegen nicht der gerichtlichen Nachprüfung. Die Konsequenzen aus einem Untersuchungsausschuss sind meist politischer Art.



Einsichtnahme in Akten der Staatsregierung

Die erste Sitzung des Corona-Untersuchungsausschusses fand am 16. Januar statt. Darin einigten sich die Mitglieder zunächst auf eine Vorgehensweise zur konkreten Umsetzung des Untersuchungsauftrages. Dieser sieht u. a. vor, zu klären, welche Erkenntnisse zur Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen in der Coronapandemie vorlagen und welche Anstrengungen die Sächsische Staatsregierung unternahm, um diese zu prüfen.

Für seine Arbeit kann der Untersuchungsausschuss mittels Beweisanträgen die Staatsregierung auffordern, bestimmte Akten vorzulegen. Die Fülle der Aktenbestände gestaltet sich im Falle der Coronapandemie äußerst umfangreich, da das Themenfeld enorm weit gefächert ist und sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Erkenntnisse zum Untersuchungsgegenstand erhofft sich der Ausschuss außerdem von Sachverständigen und Zeugen aus verschiedenen Fachgebieten.

Ladung von Wissenschaftlern und Verantwortungsträgern

Am 6. März 2025 waren die Virologen Prof. Dr. Klaus Stöhr und Prof. Dr. Hendrik Streeck in den Sächsischen Landtag geladen und um ihre Einschätzungen gebeten worden. Beide Experten stellten sich nach ihren Eingangsstatements den Fragen der Abgeordneten und standen dafür jeweils drei Stunden Rede und Antwort.

Nach Einschätzung von Prof. Dr. Streeck von der Universität Bonn sollte man aus der Coronapandemie für künftige Krisen lernen, in denen wissenschaftliche Expertise gefragt und zugleich schnelles politisches Handeln erforderlich sei. In der Aufarbeitung warnte er nachdrücklich davor, vereinzelte Wissenschaftsmeinungen zu verallgemeinern. Angesichts des Pluralismus in der Wissenschaft könne für jede politische Frage eine passende Meinung aufgetan werden. Dahinter dürfe sich die Politik nicht verstecken, vielmehr sei die Professionalisierung von wissenschaftlichen

Beratungsgremien zu empfehlen. Prof. Dr. Klaus Stöhr bestätigte zunächst die grundlegende Feststellung, dass es sich bei SARS-CoV-2 und COVID-19 um eine Pandemie gehandelt habe, für deren Eindämmung Kontaktunterbrechungen bzw. -beschränkungen unabdingbar gewesen

Hals über Kopf entschieden worden. Letzteres sei in Krisensituationen, wenn politisches Handeln aufgrund einer unvollständigen Datenbasis erfolge, durchaus verständlich. Dies müsse dann aber von einem evaluierenden Forschungskonzept begleitet werden.



die mRNA-Impfstoffe – hätten schwere Infektionsverläufe verhindert und die Zahl der Todesfälle gesenkt. Bei der Pandemiebekämpfung habe es aber in Deutschland und anderswo an guten Strategien gehapert. Es habe keinen Prozess der strukturierten Wissensbeschaffung und Risikobewertung gegeben, um politische Entscheidungen zu treffen. Maßnahmen wie Lockdowns seien mehr oder weniger

seien. Die Impfstoffe – speziell

Damit war der Ton gesetzt für den Auftakt der Ausschussarbeit. Neben weiteren Wissenschaftlern wird der 1. UA voraussichtlich auch Mitglieder der Staatsregierung als Zeugen laden. In seiner Sitzung am 14. April 2025 setzte der Untersuchungsausschuss zunächst die Befragung von Virologen fort. Geladen waren Prof. Dr. Detlev Krüger sowie Prof. Dr. Alexander S. Kekulé.

// Janina Wackernagel

13

ZUM NACHLESEN



Den Einsetzungsbeschluss und damit den ausführlichen Untersuchungsauftrag können Sie nachlesen unter: https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=36

Ausgabe 2,2025 / LANDTAGSKURIER

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 09.04.202

TITEL EINBRINGER	R AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATU
über die Errichtung	nmen zur Änderung des Abkommens g und Finanzierung des Instituts für pharmazeutische Prüfungsfragen rung	Mit der Änderung des IMPP-Staatsvertrags werden die Aufgabenfelder und Arbeitsumfänge des IMPP aufgrund geänderten Bundesrechts nachgezogen. Das Zustimmungs- gesetz überführt den Staatsvertrag in Landesrecht.	~
	ung eines Gedenktages zum Tag der ionalsozialismus und der Beendigung riegs in Europa	Insbesondere vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit keine Zeitzeugen der NS-Vergangenheit mehr berichten können, wird ein Gedenktag an den 8. Mai 1945 geschaffen.	~
nach dem Barriere 8/1854 Staatsreg	Soziales, Gesundheit und	Der Staatsvertrag bildet die rechtliche Grundlage zur Errichtung und zum Betrieb einer zentralen Marktüberwachungsbehörde der Länder für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienst- leistungen. Das Gesetz erteilt die erforderliche Zustimmung.	0
8/1857 BSW	g der Volksgesetzgebung im Freistaat Sachsen assung, Recht und Europa	Durch diesen Gesetzentwurf sollen die geforderten Quoren für Volksanträge und Volksbegehren gesenkt werden.	0
planung des Freist SächsLPIG) – Säch 8/2094 AfD	ng des Gesetzes zur Raumordnung und Landes- aates Sachsen (Landesplanungsgesetz – sisches Windenergieordnungsgesetz astruktur und Landesentwicklung	Das Änderungsvorhaben bezweckt die Ausweisung von Windenergiegebieten zu beschränken und Befugnisse für befristete Untersagungen zu schaffen.	0
des Freistaates Sa		Der Entwurf legt den Haushaltsplan für die Jahre 2025 und 2026 fest. Das Finanzvolumen erhöht sich leicht gegenüber den Vorjahren.	0
(Haushaltsbegleits 8/2151 Staatsregi	er Regelungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 gesetz 2025/2026 – HBG 2025/2026) erung d Finanzausschuss	Mit dem Begleitgesetz werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Doppelhaushalts 2025/2026 geschaffen.	0
		Der Gesetzentwurf regelt die Finanzierung der sächsischen Kommunen durch den Freistaat für die beiden Haushaltsjahre 2025 und 2026.	0
8/2275 Staatsreg	t en Medienänderungsstaatsvertrag ierung schaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz	Der per Zustimmungsgesetz in Landesrecht zu überführende Staatsvertrag soll den technischen Jugendmedienschutz stärken.	0
Gesetz zum NOOTS 8/2286 Staatsreg ffd.: Ausschuss für		Das Gesetz ermöglicht, dass einmal eingereichte elektronische Nachweise durch öffentliche Stellen abgerufen werden können und die Bürger damit entlastet werden.	
Gesetz zum Reforn 8/2287 Staatsreg Ausschuss für Wiss Kultur und Tourism	ierung senschaft, Hochschule, Medien,	Zur Steigerung der Akzeptanz werden Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie das Verhältnis der einzelnen Akteure zueinander weiterentwickelt. Die Zustimmung des Landtags per Gesetz ist erforderlich.	0











ZWISCHEN SCHULE UND ZUKUNFTS MITTENDRIN NDER POLITIK

Magdalena Portack und Tobias Dreyer berichten von ihrem Freiwilligen Sozialen Jahr im Landtag

Mehr als nur ein Freiwilligendienst: Warum hast du dich für das FSJ-Politik beworben?

Nach der Schule

hatte ich zwar eine grobe Idee, wo es gehen könnte, aber so richtig festlegen wollte ich mich noch nicht. Studieren? Ja, bestimmt irgendwann. Aber erst mal wollte ich raus aus dem Klassenzimmer und dem Schulalltag und rein in die »echte Welt«. Ich wollte herausfinden, ob das mit der Politik wirklich etwas für mich ist, und wissen, wie sie wirklich funktioniert nicht nur aus den Nachrichten, sondern direkt da, wo die Entscheidungen getroffen werden. Ein FSJ-Politik schien mir dafür perfekt! Als ich die Stelle im Sächsischen Landtag entdeckt habe, war mir klar: Das ist die Chance, die ich nutzen muss. um Politik hautnah zu erleben und hinter die Kulissen eines Parlaments zu blicken.

Was ich einmal werden möchte? Mein achtjähriges

Ich hatte darauf eine glasklare

Antwort: »Entweder Polizist oder Astronaut.« Doch im Laufe der Schulzeit, irgendwo zwischen Kopfrechnen, Kreidetafeln und Klausurenphasen, verlor sich diese kindliche Vorstellung. Auf meiner Suche nach einer beruflichen Perspektive führte mich mein Interesse für Politik und Rhetorik zum »Jugendredeforum« im Sächsischen Landtag. Dadurch stieß ich eher zufällig auf das FSJ-Politik. Mir gefiel die Idee, Erfahrungen zu sammeln, statt mich direkt ins Studium zu stürzen. Mit dem Ziel, einen Blick hinter die Kulissen der Demokratie zu werfen, bewarb ich mich schließlich für das FSJ-Politik.

Kaffee kochen oder mitgestalten – wie sieht dein Arbeitsalltag aus?



Routine? Fehlanzeige. Jeder Tag in der Stabsstelle Presse

und Öffentlichkeitsarbeit. Protokoll und Besucherdienst bringt neue Themen, neue Aufgaben und neue Herausforderungen. Also kein »typischer Bürojob«, kein bloßes Aktenwälzen – stattdessen ein bunter Mix aus Recherche, Schreiben, Organisieren und Begleiten. Mal sitze ich an einem Artikel für den Landtagskurier, mal arbeite ich an Publikationen mit, mal führe ich Besuchergruppen durch

Alter: 19 Herkunft: Gersdorf, Landkreis Zwickau Einsatzstelle: Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Protokoll, Besucherdienst

Name: Magdalena Portack

Berufswunsch: Öffentlichkeitsarbeit

den Landtag. Mein persönliches Highlight: die Plenarsitzungen. Wenn im Plenarsaal debattiert wird, kann man die politische Spannung förmlich spüren. Dabei sitze ich oben auf der Tribüne, höre hitzige Wortgefechte, sehe, wie Argumente aufeinanderprallen, und erlebe live mit, wie wichtige Entscheidungen fallen.



Etwas mulmig war mir schon auf dem Weg zu meinem

ersten Arbeitstag. Wie werden meine künftigen Kollegen sein? Welche Erwartungen haben sie an mich? Und kann ich ihre Erwartungen erfüllen? Diese Fragen gingen mir nicht aus





dem Kopf. Die Erlösung kam schnell: Anstatt auf strenge und überkorrekte Beamte zu treffen, lernte ich meine Kolleginnen und Kollegen als freundliche und sehr hilfsbereite Menschen kennen. Als FSJler unterstütze ich sie in den vielfältigen Arbeitsbereichen der Geschäftsstelle des Sächsischen Ausländerbeauftragten. Von Newsletter-Artikeln und Pressemitteilungen über Social-Media-Beiträge bis hin zur Veranstaltungsplanung und der Begleitung des Beauftragten zu Terminen gibt es viel zu tun – und zu lernen. Abseits der Öffentlichkeitsarbeit fallen auch klassische Bürotätigkeiten an. Ich telefoniere, schreibe E-Mails und vertrete gelegentlich das Sekretariat. Außerdem bearbeite ich Publikationsbe-

des Sächsischen

Ausländerbeauftragten

Berufswunsch: Journalist

stellungen. Daneben bietet das FSJ zahlreiche Partizipationsmöglichkeiten: Als Gruppen- und Landessprecher der Freiwilligendienstleistenden Sachsens habe ich die Möglichkeit, die Interessen der Freiwilligen nach außen zu vertreten.

Zwischen Plenum, Pressekonferenzen und Preisverleihungen: Welche Erlebnisse gehen dir nicht mehr aus dem Kopf?

Auch wenn jetzt
erst Halbzeit meines
FSJs ist, kann ich
mit Sicherheit sagen,
dass ich bestimmte
Momente aus diesem Jahr nie vergessen werde. Mein
erster »Arbeitstag«
fiel direkt auf den
Tag der Landtagswahl,
an dem sich das Gebäude

in ein Zentrum aus Trubel und Spannung verwandelte. Darauf folgend die konstituierende Sitzung, bei der die frisch gewählten Abgeordneten ihre Plätze einnahmen und die neue Wahlperiode begann. Und dann natürlich auch die Veranstaltungen, bei denen ich geholfen habe. Beim Jugendredeforum konnte ich beispielsweise das große Engagement für politische Debatten von Schülerinnen und Schülern spüren und dabei in die Rolle einer Reporterin schlüpfen, um die Eindrücke des Tages aufzuschnappen und in einen Artikel für den Landtagskurier zu verpacken.



Für große Abwechslung im Arbeitsalltag sorgen unsere

Veranstaltungen. Beim Sterntaler Kinderschutzpreis und dem Sächsischen Integrationspreis erhielt ich spannende Einblicke in die Integrationslandschaft Sachsens. Ebenso beeindruckend sind die Einblicke in die politische Arbeit: Ob als Protokollant bei der Härtefallkommission oder als

Besucher der Plenarsitzungen und Pressekonferenzen – hier kann man Politik hautnah erleben!

Abseits der Arbeit: Welche Angebote bietet das FSJ außerhalb der Einsatzstelle?



So spannend der Arbeitsalltag auch ist – manchmal

ist es genau richtig, mal rauszukommen und die Perspektive zu wechseln. Dafür sind Bildungstage und -wochen perfekt! Und das Beste? Sie finden immer an unterschiedlichen Orten statt. Mal geht es nach Chemnitz in die Kulturhauptstadt oder nach Berlin, mitten in das politische Mischung aus intensiven Einblicken, neuen Erfahrungen, dem lockeren Zusammensein und neuen Freundschaften machen die Bildungstage zu einer unvergesslichen Zeit.

Welches Fazit zieht ihr nach sechs Monaten FSJ-Politik?



Ein FSJ-Politik bedeutet nicht, ein Jahr lang nur zuzuschauen – es bedeutet mitzumachen, zu lernen und über sich selbst



hinauszuwachsen. Nach der Schule standen wir, wie viele andere auch, vor der großen Frage: Was will ich eigentlich



Zentrum Deutschlands. Gemeinsam mit anderen FSJlerinnen und FSJlern aus ganz Sachsen setzen wir uns in Workshops mit aktueller Politik und gesellder, diskutieren, hinterfragen und tauschen uns aus. Doch es geht nicht nur ums Programm, sondern auch um das Miteinander. Gemeinsam unterwegs sein, Erlebnisse teilen, etwas Neues lernen und abends zusammensitzen, lachen und diskutieren – fast wie auf einer Klassenfahrt, eben nur mit ziemlich viel Politik. Diese

beruflich machen? Schon nach einigen Monaten im Landtag haben wir nicht nur einen tiefen Einblick in Öffentlichkeitsarbeit und Politik bekommen, sondern auch gelernt, uns selbst zu strukturieren, selbstständig zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Vor allem aber haben wir jetzt schon gemerkt, wie wertvoll praktische Erfahrungen sind, bevor man ins Studium startet. Statt nur Theorie zu pauken, konnten wir Politik hautnah erleben, uns ausprobieren und herausfinden, was uns wirklich interessiert.

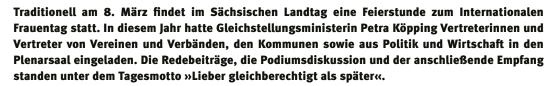
17

Ausgabe 2.2025 / LANDTAGSKURIER



Gleichstellung besser heute als morgen

Feststunde zum Internationalen Frauentag widmet sich aktuellen Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in Sachsen



»Wir sprechen heute über ein ernsthaftes Thema, das Verteidigung braucht«, betonte Landtagspräsident Alexander Dierks in seinem Grußwort zur Eröffnung der Feststunde gegenüber den rund 140 anwesenden Gästen. Ȇberall dort auf der Welt. wo die Demokratie unter Druck gerät, gerät auch die Gleichberechtigung unter Druck. Sie darf aber niemals infrage stehen. Denn Frauen leisten unbestritten in Politik, Unternehmen oder der Wissenschaft einen großen Beitrag für Sachsen«, so Dierks weiter. »Mein Vorschlag ist, dass sich Frauen und Männer gegenseitig stärken. Sie sollten gemeinsame Netzwerke bilden - ohne Ansicht der Geschlechter. Diese Offenheit brauchen wir!«

Gleichstellungsministerin Petra Köpping prangerte in ihrer Rede die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern an. Bei gleicher Qualifikation, gleichem Beruf, gleichen betrieblichen Merkmalen und gleicher Arbeitszeit würden Frauen in Sachsen immer noch 11 Prozent weniger verdienen als Männer. Auch die gesellschaftliche Stimmungslage sei besorgniserregend. »Das Thema wird leider zu oft instrumentalisiert, um eine Spaltung herbeizuführen, die es im Grundsatz eigentlich gar nicht gibt. Ich bin mir sicher, dass die Gleichstellung der Geschlechter in großer Mehrheit ein gemeinsames Ziel der Bevölkerung ist«, erklärte Köpping. Die Staatsministerin





dankte den vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten in Sachsen für ihren unermüdlichen Einsatz bei der Gleichstellung von Frauen. Einen großen Dank sprach sie ebenso dem Gleichstellungsbeirat aus, der die Staatsregierung berät.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Podiumsdiskussion, Gleichstellungsministerin Petra Köpping, die stellvertretende DGB-Vorsitzende Bezirk Sachsen, Daniela Kolbe, und der Direktor der Bundesstiftung Gleichstellung, Dr. Arn Sauer, kamen zu dem Schluss, dass Geschlechtergerechtigkeit ein sehr wichtiger Faktor für den Zusammenhalt in der Gesellschaft insgesamt sei. Sie sei kein Selbstläufer, sondern erfordere immer wieder entschlossenes und aufeinander abgestimmtes Handeln, auch und erst recht im Jahr 2025.

// Redaktion



Die verborgene Schönheit

Willkommen in Chemnitz – eine der europäischen Kulturhauptstädte 2025



die, die sich zurückgezogen haben, denen die Zukunft ihrer Stadt und ihres Landes aber nicht gleichgültig ist.« Die Chemnitzerinnen und

Chemnitzer zeigten am 18. Januar eindrucksvoll, dass ihnen ihre Stadt nicht egal ist. Als die rechtsextreme Kleinstpartei

einem Konzert gegen Rassismus, das wenig später stattfand. Ganz bewusst stellte sich Chemnitz mit seiner Bewerbung um den Titel »Europäische Kulturhauptstadt« seiner Geschichte, ihrer zahlreichen Brüche und Neuanfänge. Die Bewerbung betonte auch, dass es trotz gravierender biografischer Einschnitte Positi-

Der Auftakt war schon einmal vielversprechend: Am 18. Januar 2025, einem milden Wintertag, bot Chemnitz ein Bild wie sonst selten. 80 000 Menschen füllten den ganzen Tag und bis spät in die Nacht die Innenstadt. Junge, Alte, Einheimische, Fremde, Prominente und gar nicht Prominente waren stundenlang im dichten Gedränge unterwegs, um nur nichts zu verpassen am Eröffnungstag des Kulturhauptstadtjahres in der sächsischen Metropole. Die Eröffnungsgala im Opernhaus, Musik und Tanz am Karl-Marx-Kopf, eine von dem in Chemnitz lebenden tansanischen Musiker Arba Manillah eigens für die Kulturhauptstadt komponierte Hymne auf »the new Chemnitz«, eine »Küche der Nationen« mit Köstlichkeiten aus Afghanistan, Äthiopien, der Türkei, Gedränge, als Freiwillige eine 20 Tonnen schwere Lokomotive, die 1886 in der einst berühmten Chemnitzer Hartmannfabrik gebaut wurde, ein paar Hundert Meter durch die Stadt zogen. So ziehen viele an einem Strang. Konzerte, Tanz, Veranstaltungen in Kirchen, Ga-

lerien, Clubs - Tausende waren

an den Eröffnungsfeierlichkeiten aktiv, Zehntausende als Zuschauerinnen und Zuschauer beteiligt.

In den Eröffnungsreden ist oft von Brücken und Chancen die Rede. Neben dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und Land-



tagspräsident Alexander Dierks ist auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anwesend. Er sagt: »Darum geht es jetzt im Kulturhauptstadtjahr: Aus Unterschieden zu lernen und gemeinsam etwas Zukunftsweisendes zu entwickeln und damit unsere Demokratie zu stärken, darauf kommt es jetzt an. Und dafür brauchen wir alle, auch die, die genervt sind vom

»Freie Sachsen« und andere Gruppen zu einer Demonstration aufliefen, organisierten sich mehrere Tausend Menschen zu einer Gegendemonstration. Die Ereignisse verdeutlichen, dass die Kulturhauptstadtaktivitäten auch eine politische Dimension haben.

Diese war auch Ausgangspunkt für die Bewerbung der Stadt um den Titel »Europäische Kulturhauptstadt« im Jahr 2018. Kopien großer Beiträge der »New York Times« und des Londoner »Guardian« über rechtsextreme Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018 leiteten das »BidBook« ein, mit dem sich Chemnitz um den Titel bewarb, gefolgt von einem weiteren Beitrag aus dem »Guardian« über Zehntausende Gäste bei

ves gebe, woran man anknüpfen könne: »Während der Phasen zwischen den drastischen Umbrüchen entwickelten viele Bürger unglaubliches Improvisationstalent, sie tauschten sich untereinander aus und bildeten neue Gemeinschaften. Das Gefühl der Selbstwirksamkeit blieb jedoch verborgen.« Damit überzeugte Chemnitz die Jury. Die Stadt wurde im Oktober 2020 gemeinsam mit dem slowenischen Nova Gorica zur Europäischen Kulturhauptstadt gekürt als vierte Stadt in Deutschland nach Westberlin (1988), Weimar (1999) und Essen/Ruhrgebiet (2020).

Das in vielfacher Hinsicht »Verborgene« wurde zum Leitmotiv der Bewerbung und ist auch das Credo der Aktivitäten,





die Chemnitz schon jetzt, zu Beginn der Kulturhauptstadtaktivitäten, verändert haben. »C the unseen«: Das Wortspiel mit dem großen »C«, »Sieh das (oder auch: die) Ungesehene«, setzt nicht vordergründig auf prominente Namen (obwohl auch die nicht ganz fehlen), sondern vor allem auf die Beteiligung der Chemnitzerinnen und Chemnitzer selbst und die Einbeziehung der Umgebung. »Chemnitz trägt den Titel Kulturhauptstadt zusammen mit 38 Kommunen aus der umliegenden Erzgebirgsregion. Mit den Rohstoffen, die in den Bergwerken des Erzgebirges gefördert wurden, ist die Stadt während der Industrialisierung zu Wohlstand gekommen. Stadt und Region waren so schon immer eng miteinander verbunden. Jetzt werden Kunst und Kultur zu den neuen Rohstoffen in der Region«, sagte Stefan Schmidtke, Programm-Geschäftsführer der Kulturhauptstadt GmbH.

Für das Gesamtprojekt Kulturhauptstadt wird laut der Chemnitzer Zeitung »Freie Presse« ein Budget von 116 Millionen Euro veranschlagt, davon steuert der Freistaat Sachsen 25 Millionen bei.

Chemnitz hatte es nie leicht, seinen guten Ruf als Industriestadt mit dem einer Kulturstadt zu verbinden. Schon vor 100 Jahren warnte der Autor eines Reiseführers, dass sich die Besucher nicht mit falschen Fantasiegebilden vom »rußigen Bild des sächsischen Manchesters« oder vom »Rauchschleier funkenspeiender Schlote« täuschen lassen dürften. Vielmehr seien all die »Beete und Alleen [...]



gepflegte Garten- und Parkanlagen [...] Pflegestätten der Künste und Wissenschaften« zu preisen, die dem durch die Industrie begründeten Ruhm der Stadt an der Seite stünden.

Die Eröffnungsfeier im Januar 2025 war wie eine Liebeserklärung an eine Stadt, die sonst eher unter Liebesentzug leidet. Trotz einiger Skepsis am Anfang, ob die Kulturhauptstadt wirklich zum großen Mitmach-Projekt wird, lässt der Auftakt des Kulturhauptstadtjahres optimistisch auf die kommenden Monate blicken.

// Matthias Zwarg

AKTUELLSS



Neuer Präsident des Kuratoriums »Tag der Sachsen«

Landtagspräsident Alexander Dierks hat den Vorsitz des Kuratoriums »Tag der Sachsen« übernommen und tritt in dieser Funktion die Nachfolge von Dr. Matthias Rößler an. Das größte Volks- und Heimatfest im Freistaat bringt zahlreiche Vereine und Verbände zusammen. In diesem Jahr wird es vom 5. bis 7. September in der großen Kreisstadt Sebnitz im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge stattfinden.



Landtagspräsident Dierks besucht Gedenkstätte Lidice

Auf seiner Reise nach Tschechien besuchte Landtagspräsident Alexander Dierks am 6. März 2025 die Gedenkstätte Lidice, um den Opfern nationalsozialistischer Verbrechen zu gedenken. Er legte Kränze nieder und erinnerte an die Ereignisse vom 10. Juni 1942, als die Nationalsozialisten hier alle Männer ermordeten, Frauen und Kinder deportierten und das Dorf im Nachgang restlos zerstörten. Nach dem Gedenkbesuch führte Alexander Dierks in Prag u. a. politische Gespräche mit der Vorsitzenden des tschechischen Abgeordnetenhauses und dem Präsidenten des tschechischen Senats.

Volkshandbuch des 8. Sächsischen Landtags erschienen

Wie setzt sich der Landtag zusammen und wer sind die Abgeordneten, die im Parlament vertreten sind? Das Volkshandbuch des 8. Sächsischen Landtags (Teil 1) enthält Bilder und biografische Angaben aller 120 Abgeordneten sowie Informationen zur Zusammensetzung des Landtags.

Die Publikation kann hier bestellt werden: www.landtag.sachsen.de/publikationen



Teil 1

Wendepunkt der Parlamentsgeschichte?

Frauen im sächsischen Nachkriegslandtag

Im Landtagswahlkampf 1946 waren Wählerinnen von den Parteien stark umworben. Dem neu gebildeten Parlament gehörten danach auch mehr Frauen an als jemals zuvor. Auf ihre Rollenzuschreibung, die Besetzung politischer Ämter und die Politikinhalte wirkte sich dies aber nur begrenzt aus.



Frauen im historischen Umbruch

Es war ein kalter Tag, der 22. November 1946, als sich in Dresden der sächsische Landtag zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg konstituierte. Die Aufregung der 120 Abgeordneten war sicherlich groß, denn nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands eineinhalb Jahre zuvor dürften sie es keineswegs als Selbstverständlichkeit erlebt haben, nun wieder ein gewähltes Parlament zu gründen. Diese Besonderheit wurde von einem weiteren, vielleicht subtileren, aber ebenso

bedeutungsvollen Novum begleitet: Nie zuvor in der Geschichte Deutschlands waren so viele Frauen in einem Parlament vertreten wie in diesem Landtag. 33 von 120 Abgeordneten waren weiblich. Neben den Männern in ihren dunklen Anzügen stachen sie mit ihren Hochsteckfrisuren, Röcken, Blusen und Strickjacken deutlich hervor.

Die Anwesenheit dieser 33 Frauen, die knapp 28 Prozent der Abgeordneten ausmachten, markierte einen Wendepunkt in der politischen Landschaft Sachsens – so zumindest die Wahrnehmung der Zeitzeugen. Elfriede Dierlamm, Abgeordnete der LDP (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands) drückte dies in der 18. Plenarsitzung so aus: »Unsere gleichberechtigte Mitbestimmung im demokratischen Staat wird die Wogen glätten, wenn männliche Leidenschaften in Extreme ausgleiten. Dann wird es weder 30 Parteien noch eine Diktatur geben. Die Lösung politischer Fragen wird getragen sein von einem Ausgleich der Gegensätzlichkeiten als die höchste Erkenntnis innerer Notwendigkeit.«

Die Landtagswahlen 1946

Die Hoffnung auf eine historische Wende in der politischen Mitbestimmung von Frauen prägte bereits die Landtagswahlen. Dieses Ereignis im Oktober 1946 war die erste große Gelegenheit für Frauen, nach dem Krieg auf Landesebene politisch aktiv zu werden, sowohl als Wählerinnen als auch als Kandidatinnen. Bemerkenswert war, dass in vielen Regionen. auch in Sachsen, deutlich mehr Frauen wahlberechtigt waren als Männer. Als Kriegsfolge kamen hier auf 100 Männer etwa 170 Frauen.

Die Parteien reagierten auf diese demografische Besonderheit und richteten ihre Wahlkampagnen gezielt auf die Wählerinnen aus. In der Wahlwerbung wurde die Frau oft als Wahrerin von Familie und Frieden dargestellt. »Frauen und Mütter! Behütet den Frieden für Eure Kinder! Wählt SED. Liste 1!«. »Die Frau als Hüterin der christlichen Familie wählt CDU!«, »Hausfrauen – Eure Sorgen sind unsere Sorgen. Wählt SED!« so lauteten die Slogans der Zeit. Die Sozialistische Einheitspartei (SED) versprach darüber hinaus, die Rechte von Arbeiterinnen zu verbessern und Frauen aktiv in den Aufbau der neuen Gesellschaft einzubeziehen. Die Christlich Demokratische Union

(CDU) hingegen betonte das traditionelle Rollenbild der Frau als Beschützerin von Haus und Familie.

Viele Frauen – frauenfreundliche Politik?

Als sich der Landtag im November 1946 konstituierte, lag der Anteil der weiblichen Abgeordneten mit knapp 28 Prozent vor allen anderen deutschen Landtagen. Im Bayrischen Landtag waren zur selben Zeit nur drei von 180 Abgeordneten weiblich, das heißt knapp zwei Prozent. Auch im aktuellen, 2024 gewählten Sächsischen Landtag liegt der Frauenanteil nicht höher als jener im Jahr 1946.

Der hohe Anteil weiblicher Abgeordneter im Nachkriegslandtag lag vor allem an der starken Vertretung von Frauen in der SED-Fraktion, die die meisten Sitze innehatte. Von den 59 SED-Abgeordneten waren 21 Frauen. In der LDP-Fraktion waren sieben von 30 und in der CDU-Fraktion fünf von 28 Abgeordneten weiblich.

Aber war die Politik im ersten sächsischen Nachkriegslandtag durch den vergleichsweise hohen Frauenanteil auch wirklich besonders frauenfreundlich, wie es die Wahlwerbung vermuten ließ? Tatsächlich verabschiedete der Landtag einige Gesetzesvorlagen, die sich mit der Verbesserung der Rechte von Frauen befassten. Unter anderem handelte es sich um Anträge und Gesetze, die die berufliche Gleichstellung von Frauen förderten, die steuerliche Benachteiligung von alleinstehenden und alleinerziehenden Frauen abschafften oder Vorkehrungen für die Betreuung der Kinder berufstätiger Frauen trafen.

Gleichzeitig war die politische Rhetorik im Landtag eindeutig von traditionellen Rollenbildern geprägt. Frauen wurden häufig als besonders friedfertig und moralisch dargestellt, was ihnen eine spezifische, aber begrenz-



te Rolle im politischen System zuwies. Dies spiegelte sich letztlich auch in der Besetzung der Gremien wider, denn trotz ihrer zahlenmäßigen Präsenz blieben Frauen weitgehend von höheren Ämtern ausgeschlossen. Weder gab es eine weibliche Fraktionsvorsitzende, noch war eine Frau im Landtagspräsidium vertreten. Es gab keinen Ausschuss mit weiblicher Leitung. Auch in Ausschüssen, in denen Frauen die Mehrheit stellten, wie im Ausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge, führte stets ein Mann den Vorsitz.

Dieses Ungleichgewicht lag auch darin begründet, dass die weiblichen Abgeordneten neben ihrer parlamentarischen Betätigung häufig noch vielen weiteren Verpflichtungen nachkommen mussten, insbesondere in der Fürsorgearbeit. Gertrud Thürmer, LDP-Abgeordnete, fasste das Dilemma, das wir heute als Gender-Care-Gap kennen, in der 12. Plenarsitzung prägnant zusammen:

»Wir brauchen Frauen, die aufgeschlossen sind und sein können für ihre Umgebung, die auch geistig mitarbeiten, die auch einmal eine ruhige Stunde für ihre Kinder haben. Eine Frau kann aber nicht immer nur aus sich heraus geben, sie muß auch selbst nehmen und angeregt werden. Von einer Frau, die acht bis zehn Stunden Tag für Tag im Betrieb arbeitet, die in

aller Herrgottsfrühe das Haus verlassen muß, in der Dunkelheit zurückkehrt und dann sich daran begeben muß, ihre Hausarbeit zu erledigen, von einer solchen Frau kann man kaum verlangen, daß sie noch einmal hinausgeht, um Vorträge zu hören oder gar Theater- oder Musikveranstaltungen zu besuchen, so interessiert sie auch daran wäre. Das dürfen wir nicht übersehen, wenn wir Frauen heranbilden wollen, die sich aktiv und interessiert am Staatsgeschehen beteiligen und ihrer Aufgabe der geistigen Umerziehung gerecht werden können.«

Parlamentarierinnen nach 1950

Im zweiten sächsischen Nachkriegslandtag, der im Herbst 1950 zusammentrat, lag der Frauenanteil noch höher als im Vorgängerparlament: Rund 35 Prozent der Abgeordneten waren Frauen. Diese Entwicklung fiel mit der zunehmenden Zentralisierung der politischen Macht in der DDR zusammen, wodurch der Einfluss der Länderparlamente zunächst schrumpfte und schließlich ganz verschwand. In der späteren DDR blieb die politische Beteiligung von Frauen ein zentraler Bestandteil der offiziellen Staatsideologie. Die Botschaft, Frauen auch in der Politik gleichzustellen, war jedoch häufig nur

symbolischer Natur und diente der ideologischen Legitimation des Staates, ohne den tatsächlichen Einfluss von Frauen in den Machtzentren entscheidend zu stärken.

Auch heute bleibt die Frage nach dem politischen Einfluss von Frauen im vereinten Deutschland ein komplexes Thema, bei dem Anspruch und Wirklichkeit häufig auseinandergehen. Das Beispiel des sächsischen Nachkriegslandtags verdeutlicht eine bis heute gültige Einsicht: Formale Gleichberechtigung und zahlenmäßige Repräsentanz allein reichen nicht aus, um tief verwurzelte patriarchale Strukturen aufzubrechen. Dennoch hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur die zahlenmäßige, sondern auch die inhaltliche Präsenz von Frauen in der Politik deutlich gesteigert, was zeigt, dass ein kontinuierlicher und substanzieller Wandel möglich und lohnenswert ist.

// Dr. Edith Schriefl



DR. EDITH SCHRIEFL

Edith Schriefl studierte in Dresden und Havanna Geschichte, Spanisch und Deutsch als Zweitsprache. 2019 wurde sie mit ihrer Arbeit zu dem sächsischen Nachkriegslandtag promoviert, die 2020 unter dem Titel »Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946 – 1952« im Jan Thorbecke Verlag erschien. Derzeit arbeitet Schriefl an der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek (SLUB), wo sie für das Buchmuseum verantwortlich ist.

Plenarsitzungen

21.05. – 22.05.2025 24.06. – 27.06.2025 10.09. – 11.09.2025

29.10. – 30.10.2025 03.12. – 04.12.2025

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501 AfD, Tel. 0351 493-4201 BSW, Tel. 0351 493-4400 SPD, Tel. 0351 493-5700 BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800 Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen sowie Planspiele nehmen wir wieder ab 1. Juli 2025 entgegen.

Offene Führungen ohne Anmeldung:

Die Führungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133 publikation@slt.sachsen.de www.landtag.sachsen.de







www.landtag.sachsen.de/ veranstaltungen







Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag und auf YouTube: YouTube/Sächsischer Landtag

SCHÜLERKALENDER 2025/2026 erschienen

Der neue Schulplaner des Sächsischen Landtags ist ein praktischer Begleiter für sächsische Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7.



Hausaufgabenheft und Nachschlagewerk zur Landespolitik

Möglichkeiten der Mitgestaltung

Parlamentswissen in verständlicher Form

Bestellung (Auslieferung ab Mai 2025): www.landtag.sachsen.de/publikationen

